



Pressemitteilung

(Stand, 5. Januar 2017)

"Reform der Pflegeberufe darf niemand ausgrenzen"

Rüdell, Irlstorfer: Bessere Bezahlung in der Pflege und mehr Pflegefachkräfte

Berlin. - Zu der Diskussion um eine Reform der Pflegeberufe erklären der pflegepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Rüdell, und der Berichterstatter für Pflegeberufe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erich Irlstorfer:

"Zu guten Arbeitsbedingungen in der Pflege gehören neben einer guten Bezahlung auch ausreichend gut ausgebildete Pflegekräfte. Mit den Pflegestärkungsgesetzen I und III haben wir nun die Grundlagen dafür geschaffen, dass in der Altenpflege Tariflohn zum Standard werden kann. Damit wird künftig eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte ermöglicht und der Beruf der Altenpflege attraktiver.

Diskussionen gibt es noch zu der Frage, wie die Ausbildung der Pflegeberufe reformiert werden soll. Wir plädieren für eine Lösung, mit der wir einen evolutionären Wandel hin zu einer gemeinsamen Berufsausbildung erreichen, ohne die Pflegekräfte in den einzelnen Berufszweigen fachlich zu überfordern und ohne die völlige Aufgabe der jeweiligen beruflichen Identitäten. Wir sollten das Risiko vermeiden, jetzt mit einem "revolutionären" Einschnitt die bestehenden Strukturen völlig aufzugeben, ohne zu wissen, welche Folgen das für die einzelnen Pflegebereiche und letztlich für die Pflegebedürftigen hat.

Wir begrüßen deshalb die Initiative von GKV-Vorstand Gernot Kiefer, eine Zeit lang mehrere Ausbildungswege zuzulassen. Es wäre besser, wenn diese jeweils die Möglichkeit erhalten, sich zu bewähren, bevor die gesamte Pflegeausbildung mit unsicherem Ausgang komplett auf den Kopf gestellt wird. Eine Möglichkeit könnte eine integrierte Ausbildung sein, die zwei Jahre gemeinsames Lernen und im dritten Jahr auf die drei Berufe ausgerichtete spezialisiertes Lernen beinhaltet.

Erst ein solcher Probelauf liefert belastbare Fakten für die Entscheidungsfindung, welcher Weg der geeignete ist.

Derzeit haben viele Praktiker in der Pflege die Sorge, dass die Inhalte der Krankenpflege bedingt durch EU-Vorgaben die Reform dominieren. Mit viel Verhandlungsgeschick konnte erst in der letzten Legislaturperiode die EU-Initiative abgewendet werden, nur noch mit Abitur eine Pflegeausbildung beginnen zu können. Die Akzeptanz für eine gemeinsame Berufsausbildung würde sicherlich steigen, wenn die Besonderheiten der



Kinderkrankenpflege und der Altenpflege auf Augenhöhe mit der Krankenpflege in diese neue Ausbildung einfließen würden. Während in der Krankenpflege überwiegend Abiturienten und Realschüler einen Abschluss machen, gibt es in der Altenpflege ein wesentlich breiteres Spektrum an Bildungsabschlüssen, beginnend bei den Hauptschülern, und sehr viele Quereinsteiger.

Mit einer rein generalistisch angelegten Ausbildung und den damit verbundenen Anforderungen wäre es aber nicht ausgeschlossen, dass man viele jungen Menschen mit Hauptschule-Niveau in die Hilfstätigkeit schiebt. Mehr als 30 % (über 30.000 jährlich) der heutigen Absolventen der Altenpflegeausbildung haben Hauptschule-Niveau und leisten als Examinee mit anständiger Vergütung hervorragende Arbeit in der Altenpflege. Diesen jungen Menschen würde man jede Perspektive auf Aufstieg in der Gesellschaft nehmen. Gerade in der Altenpflege brauchen wir Menschen, die Fachwissen haben, aber auch viel Empathie mitbringen für Biografiearbeit und Betreuung. Herzensbildung muss eine besondere Wertschätzung erfahren.

Ein wichtiges Ziel ist, dass nach einer Reform deutlich mehr examinierte Pflegefachkräfte für eine gute Versorgung ausgebildet sind als heute - und die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der Altenpflege brummt derzeit förmlich. Dieser Trend darf nicht abgebremst werden. Wer heute einen Abschluss als examinierte Pflegekraft schafft, muss das in einem neuen System auch schaffen. Der demographische Wandel und die deutliche Ausweitung der Leistungen in der Pflegeversicherung führen ansonsten zu erheblichen Versorgungsproblemen in der Altenpflege."
